

Die „Volksmacht“ erscheint täglich Radmitten ausser Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Hauptstr. 5/6, durch die Post und durch Postporteur zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren: Beträgt für die einblättrige Zeitschrift über deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 451

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 211.

Donnerstag, den 10. September 1903.

14. Jahrgang.

Bebels Antwort.

Man legt die Antwort Bebels auf die gegen ihn wegen seiner schroffen „Erklärung“ erfolgten Angriffe vor. Das Post Nr. 49 der „Neuen Zeit“ bringt einen etwa 24 Seiten umfassenden Artikel Bebels: „Ein Nachwort zur Vizepräsidentenfrage und Verwandtem“. In diesem Artikel geht Bebel in rüchichtsloser, manchmal leidenschaftlicher Art gegen die „revisionistischen Strömungen“ in der Partei vor. Wir müssen uns mit Rücksicht auf den zur Verfügung stehenden Raum auf einen Auszug aus dem Artikel beschränken. Wer den ganzen Artikel des Genossen Bebel lesen will, dem empfehlen wir, sich das betreffende Heft der „Neuen Zeit“ zu beschaffen. Es ist für 25 Pfennige in der „Volksmacht“ zu haben.

Im ersten Abschnitt seines langen Artikels setzt Bebel auseinander, warum er die scharfe Erklärung in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht hat. Mitten in dem Jubel des Wahlsieges sei die Zulassung der „Sozialistischen Monatshefte“ erschienen, die in zwei Artikeln — „Der 16. Juni“, von W. Heine, und „Was folgt aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen“, von Bernstein — den Wahlsieg in kühler Weise besprochen haben und in ihrer ganzen Tendenz geeignet waren, die bürgerlichen Parteien über ihren Einsatz zu irreführen. Nach dem Genuss dieser Artikel ließ dem Genossen Bebel, wie er sagt, eine Laus über die Leber, er setzte sich hin und unterstützte mit seiner kräftigen Erklärung eine bereits früher ergangene Antwort Meyrings an Heine und Bernstein. Schon glaubte er, die Sache sei vergessen, da trat v. Vollmar mit großem Aplomb auf die Bühne, stellte sich auf Seite der Angegriffenen und „kanzelte“ Bebel ab. Nachdem sich Bebel mit derselben Schärfe wie gegen Heine auch gegen v. Vollmar gewandt hat, kommt er noch einmal auf Bernstein zu sprechen und sagt:

„Indes muß ich mit Genugtuung konstatieren, daß derjenige, der am ehesten Veranlassung hatte, sich durch meine Erklärung verletzt zu fühlen, Genosse Bernstein, der ruhigste und sachlichste meiner Gegner im Antworten war und mir in seinem Artikel in Nr. 177 der „Volksmacht“ in einer Form erwiderte, der ich meine Anerkennung nicht verweigern kann. Vollmar mag sich für künftige an Bernstein ein Beispiel nehmen.“

Kurz vorher wird der Karlsruher „Volksfreund“ wegen seiner Abwehr auf Bebels Erklärung, etwas später Genosse Südekum wegen seiner unentschiedenen Stellungnahme angegriffen. Bebel betont schon hierbei, daß sich hinter der scheinbar formellen Vizepräsidentenfrage der alte Gegensatz der „Revisionisten“ zur Gesamtpartei verbirgt.

Im zweiten Kapitel beschäftigt sich Bebel mit der Reichsverfassung und betont, daß von einem republikanischen Charakter derselben keine Rede sein könne. Dabei kommt Bebel auch auf Bernsteins Artikel in der „Volksmacht“ zu sprechen:

Allerdings hat Genosse Bernstein zur Abwechslung auch wieder mal sehr revolutionäre Anwandlungen gehabt. In seinem Artikel in der „Volksmacht“ leitet er auseinander, daß er den Gang eines sozialdemokratischen Vizepräsidenten zu einer Audienz bei dem Deutschen Kaiser in gleicher Weise einschätze, wie ein Besuch Rolands bei Ludwig XVI., denn dieser Besuch Rolands hieß nicht, daß die Revolution sich vor dem König, sondern daß der König sich vor der Revolution verbeugte. Bernstein hat in jenem Artikel noch andere historische Beispiele, wie er meint zu Gunsten seiner Ansicht, angeführt. So unter anderem eine Begrüßung des ebenfalls wie Ludwig XVI. geköpften Karl I. von England — der ganze Artikel des Genossen Bernstein in der „Volksmacht“ riecht nach Blut — mit dem Bevollmächtigten Cromwells Joyce, der Karl I. gefangen nahm.

Genosse Bernstein hat, ohne es zu ahnen, mit dieser historischen Reminiskenz im bürgerlichen Lager heillosen Schrecken hervorgerufen und das Gegenteil dessen erreicht, was er erreichen wollte. Die ultramontane „Germania“ und die linksnationalliberale „Nationalzeitung“ erklären, daß Bernstein jetzt seinem Vorschlag eine Deutung gegeben habe, die im schroffen Widerspruch mit seinem ersten Artikel in der „Sozialistischen Monatshefte“ stehe. Sollte der Besuch eines sozialdemokratischen Vizepräsidenten bei dem Kaiser eine Verbeugung des letzteren vor der revolutionären Sozialdemokratie bedeuten, dann könne unter keinen Umständen mehr von der Wahl eines sozialdemokratischen Vizepräsidenten die Rede sein. Und die gesamtrevisionistischen Blätter schlossen sich dem Urteil der „Germania“ und der „Nationalzeitung“ an.

Bernstein hat also aus Liebe zu seinem Kinde, das er gar zu warm verteidigt, einen Nord an denselben verübt. Ich will noch dazu kommen, auf dem Dresdener Parteitag und die Köpfe zu zerbrechen: ob wir den Kaiserbesuch zu Wilhelm II. antreten sollen, ist die Frage der maßgebenden Parteien des Reichstages bereits eingeleitet. Unter solchen Umständen der sozialdemokratischen Partei die Vizepräsidentenfrage zu verweigern. Auch die „Krenzzeitung“ enthält eine Zuschrift eines konservativen Reichstagsabgeordneten — offenbar aus der Feder des Vorsitzenden der konservativen Fraktion, Herrn von Normann —, daß die konservative Fraktion unter keinen Umständen der Wahl eines Sozialdemokraten zum Vizepräsidenten zustimmen werde.

Besonders wichtig ist wohl jener Teil der Bebel'schen Erwiderung, der sich mit den Möglichkeiten beschäftigt, die einem sozialdemokratischen Vizepräsidenten begegnen können. Wir geben ihn ohne Kürzung wieder:

Die höchsten Begehrten und Verpflichtungen haben seit dem Jahre 1871 im Deutschen Reich zwischen Kaiser und Reichstag einen Charakter angenommen, daß die Mehrheit des Reichstages, die die Begehrten mit Nicht angeknüpft und systematisch weiter ausgebaut hat, von den Präsidenten des Reichstages verlangen muß, die mit ihrer Stellung verbundenen Konsequenzen voll und ganz zu erfüllen. Das Wort Männerstolz vor Königskrone ist auch bei der Mehrheit im Reichstage zu groß zu machen geworden.

Es ist ferner eine falsche und oberflächliche Darstellung unserer Sozialdemokratischen Partei, wenn sie die Sache so darstellt, als handele es sich nur um eine Audienz — die übrigens allenorts nachgesucht werden muß — bei dem Kaiser nach erfolgter Wahl der Präsidenten. Freilich, eine Partei wie die unsere sollte ohne weiteres eher auf die Präsidentenstelle verzichten, als sich den vorerzählten Bedingungen auch nur einmal zu fügen. Aber es folgen aus dem ersten Schritt noch andere. Genau wie jene Audienz bei dem Kaiser hätte sich die Mehrheit im Reichstage mit einem Hoch auf den Kaiser auszuwenden. Hat man also A gefagt, muß man B sagen. Kann der sozialdemokratische Vizepräsident, falls er fällt in jener Schlüsselrolle der erste Präsident zu präsidieren verhindert ist, jenes Hoch auszubringen, verweigern? Und was sind die Folgen, wenn er es verweigert? Die ganze Vizepräsidenten-Herrlichkeit fliegt in die Luft, denn sofort würde seitens der Mehrheit ein Antrag der Entziehung gegen ihn losbrechen und ein fulminantes Mistransvotum, das ihn von seinem Sitze herunterstiege, wäre die Folge.

Aber was dann, wenn der sozialdemokratische Vizepräsident, einmüchtig der fauchulartigen Gründe, die Vollmar und Genossen anführen, die für Freigabe aller Grundstücke angeführt werden können, sich fügen und das Hoch ausbrächte? Was tut dann die

Fraktion? Brückert sie den von ihr zur Wahl vorgeschlagenen Genossen, indem sie, wie bisher, der Demonstration durch Verlassen des Saales aus dem Wege geht? Oder nimmt sie ihn auf die im das Hoch ein? Oder nimmt sie den Mittelweg und bleibt im Saale, hoch aber nicht mit? Welchen Weg immer sie wählt, es gäbe einen Skandal, wie noch keiner dagewesen ist, u. d. wiederum fliegt der sozialdemokratische Vizepräsident in die Luft.

Weiter. Der Präsident beantragt auch bei Kaisergeburtstagen, daß den Präsidenten Vollmacht gegeben wird, dem Kaiser die Glückwünsche des Reichstages zu überbringen. Bei freudigen oder traurigen Ereignissen im Kaiserhaus folgen Gratulation u. d. Kondolenz des Reichstages. Kann sich dem Allen der sozialdemokratische Vizepräsident entziehen?

Eine weitere Konsequenz einer solchen Stellung — angenommen sie sei allseitig akzeptiert worden — sind die Einladungen zu Hofe. Ein- und zweimal findet vielleicht der sozialdemokratische Vizepräsident planmäßige Besuche, der Einladung nicht zu folgen. Bei dem dritten Male verweigert sie. Bleibt er dennoch in; so giebt es ein Skizzen bei Hofe, einen Affront im Reichstag und in der Presse, und wieder ist eine Ursache vorhanden, die der sozialdemokratischen Vizepräsidenten Herrlichkeit zum Gelächter der ganzen Welt ein solches Ende bereitet.

Geht er aber, der Einladung folgend, zu Hofe — und auf die famosen Gründe Vollmars hin läßt sich auch das rechtfertigen — ja es wäre nur die Konsequenz des ersten Schrittes — so besteht seit Wilhelm II. die Vorschrift, daß, wer einer Einladung zu Hofe folgt und nicht das Recht hat, eine Uniform zu tragen, in kurzen Reihchen mit Wadelschultern und Schnallenschuhe zu erscheinen verpflichtet ist. Welch ein löstlicher Stoß für die Wigblätter, falls zum Beispiel Vollmar — denn er würde die Ehre ablehnen — oder Herbert — der sich auch für den Gang zu Hofe erklärte und mit dessen Wahl ein Wunsch der „Volksmacht“ erfüllt würde, einen ehemaligen Arbeiter zum ersten Vizepräsidenten zu wählen — den Hofbesuch machen. Schon ruft das „Deutsche Tageblatt“ in ihrer Phantasie aus: „Die revolutionäre Sozialdemokratie wird hoffähig.“ Der „Hannoversche Anzeiger“ höhnt: „Die revolutionäre Sozialdemokratie sei bereit, in Frack, kurzen Hosen und Schnallenschuhen nach dem preussischen Königschloß zu wallfahren“ und die ultramontane „Augsburger Postzeitung“ meint: „Der sozialdemokratische Vizepräsident mit der Beigabe der Wadelschulter, Wadelschulter und Schnallenschuhe werde ansehender noch vor den Würdigen Genossen begehrt werden“, worin sie sich leider ert.

Unseres Wissens haben sich fast alle Anhänger des Vizepräsidenten gegen jede Verherrlichung der Monarchie erklärt und von einer Expedition zu Hofe in Badenstrümpfen und Schnallenschuhen kann natürlich keine Rede sein. Kein Mensch in der Partei wird zustimmen, daß wir uns zu dergleichen hergeben.

Nach dem Hinweis auf den Treueid in den Landtagen läßt Bebel nicht gelten. Er sagt:

„Sieben wichtige Interessen des Proletariats in Frage, die ich ohne diesen Treueid nicht wahrnehmen kann, so schwöre ich ihn. Stände in der Reichsverfassung, daß die Parteien nach ihrer Stärke die Präsidentenstellen im Reichstage besetzen müssen und diese Präsidenten gewisse Verpflichtungen auch dem Kaiser gegenüber zu erfüllen hätten, dann hätten wir keine Wahl. Aber dann trifft nicht unser Wort, die wir diese Vorschriften erfüllen müssen, wollen wir überhaupt parlamentarisch tätig sein, sondern diejenigen, die sie machen und damit einen Gewissenszwang ausüben. Außerdem besitzen wir alsdann die Möglichkeit, durch Anträge die Befreiung dieser letzten Formeln zu verlangen und sie gebührend zu gestricheln.“

Anders liegen die Dinge, wenn byzantinische Verpflichtungen durch die byzantinische Gesinnung einer Mehrheit der Volksvertretung Sünde wurden.

Ich sehe keinen Funken von Würde in einer solchen Zumutung, wohl aber die vollendete Würdelosigkeit.

Ein Kampf ums Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

Nach kurzer Debatte wurde der Beschluß über die Antwort gefaßt. Die Herren waren darin einmütig, daß von gütlichen Unterhandlungen abzusehen sei.

„Es ist allerdings erschüttert“, lautete ihre Motivierung, daß Taras Parabola, mit so furchtbaren Freveln er sich auch befaßt, gleichwohl kein Mordbrenner gewöhnlichen Schlages ist, und insofern liegt allerdings der Gehalt nahe, ihn durch einen Appell an sein Ehr- und Rechtsgesühl wieder in die Bahn der Ordnung zurückzuleiten. Auch sind wir durchaus nicht der Ansicht, daß ein derartiger Versuch seine Zweckmäßigkeit verlieren würde. Gleichwohl müssen wir hieron als von einer, aller menschlichen Voraussicht nach, gänzlich fruchtlosen und die Autorität der Staatsgewalt in den Augen der Bevölkerung doch immens tief schädigenden Maßregel absehen. Taras handelt sichlich unter dem Zwange einer Idee, welche stärker ist als sein Wille, der Idee, daß er die Willkür habe, alles „Unrecht“ auf Erden auszuwischen, jede Last oder Unterdrückung, die ihm als „Unrecht“ erscheint, zu beseitigen. Davon wird ihn weder die Erfüllung berechtigter, ja selbst unredlicher Forderungen, noch sonst ein Einfluß abbringen; er wird seine Tätigkeit fortsetzen, bis ihr durch Gewalt ein Ende gemacht ist.“

Demgegenüber befürworteten sie nochmals dringend die Entlassung seiner schuldlosen Familie, nicht aus Furcht vor diesem Menschen, sondern aus reinem Gerechtigkeitssinn und aus Ehrlichkeit vor dem allmächtigen Gotte. Schließlich aber kämpften sie an den Bericht über die Ermordung des Rates Hochmann und die Aussagen der Ankläger die Bitte, den Kommissar Kapronski sofort nach Kolowwa zurückzuführen, um gegen ihn die Disziplinaruntersuchung eröffnen zu können. Mit dieser Antwort und einem riesigen Attentat ging der Eilbote nach Remberg zurück.

Die nächste Zeit brachte nur eine Entscheidung der Oberbehörde über den letzten Punkt. Es habe sich, schrieb das Oberamt, trotz der sonstigen unbedingten Vertrauenswürdigkeit des Kommissars Kapronski doch dagegen gestimmt, den Klagen dieses treulichen Beamten über die Missgunst seiner Kollegen Glauben zu schenken. Nach dieser Probe jedoch, da das Oberamt, auf die Aussage eines Mordbrenners und seines Weibes gestützt, die Unternehmung gegen einen seiner verdächtigsten Mitglieder eröffnen wolle, sei jeglicher Zweifel an dieser „Gefährlichkeit“ unmöglich. Das Oberamt dürfe sich daher nicht damit begnügen, das angebliche Verlangen zurückzuweisen, sondern müsse auch seine schärfste Klage über dieses „unkollegiale und unehrenhafte Verhalten“ ansprechen. Die Richter des Kreisamtes bewilligten dieses Schriftstück durch ein nochmaliges, in den höchsten Instanzen abgefaßtes Entlassungsgesuch. Aber weder hier-

über, noch in Sachen des Taras kam in den nächsten Wochen irgend eine Entscheidung.

So hatte sich die Position des Kreishauptmanns immer qualvoller gestaltet, als plötzlich eine Wendung zum Besseren eingetreten schien. Die „Gerichte“ des Taras wurden immer leiser, und in den beiden ersten Wochen des August langte keine einzige Anzeige mehr ein.

Der „Rächer“ und seine Schar schienen plötzlich wie vom Erdboden verdrängt. Wie sich diese plötzliche Stille erkläre, war den Herren ebenso rätselhaft wie die frühere furchtbare Tätigkeit des Mannes. Die Angst vor der Staatsgewalt konnte es unmöglich sein. Denn der General hielt nun allerdings keine gesamte Nacht in einem Lager zwischen Rossowice und Julawce vereinigt; doch konnte dies die Schar noch weit weniger vom Flachland abwehren, als früher die fliegenden Kolonnen. Und so glaubte sie grade dem Gerücht, welches anfangs nur unbestimmt, dann immer sicherer auftrat und zu melden warnte, daß die Wehrzahl der Landmänner sich mit dem Getreide überworfen und daß innere Zwietracht jede Tätigkeit nach Außen unmöglich mache.

XVIII.

Das Tal des schwarzen Czerewoz!

Als der große Kaiser Josef vor einem Jahrhundert seine Hand über die Gnaden streckte, empfindet er einen alten, wackeren Heterobras, Herrn Georg Wegler aus Hülbronn, in seinem Namen den neu erworbenen Gau zu besetzen und vorzuschlagen „was zum Teile der neuen Territoria zunächst zu geschehen habe“. Es war ein hartes Stück Arbeit; aber dieser alte Kriegsmann hatte ein echtes Schwabensberg und einen echten Schwabenskopf: er war zäh und klug, eigenartig und gut. Darum hat er binnen wenigen Jahren so viel Treßliches angeregt und begründet, daß es Andere trotz vieler Mühe bis heute noch nicht völlig in Schlichte und Lastenige haben verkehren können. Für alles wußte er Rat; als er jedoch in dieses Tal kam, da riß dem alten Herrn die Geduld und er schrieb wütend nach Wien: „... Was aber das Tal des wilden oder schwarzen „Tscharnowitz“ betrifft, so sieht es dem Vorhof der Hölle gleich, und die Menschen sind böshafte, dumme Kreaturen. Hier ist Dopsen und Malz verloren, und wird dieser verwünschte Winkel immer dem Beelzebub zugehört und niemals Euer Majestät.“

In gewissen Sinne hat sich das Wort erfüllt; die Leute von Rabie und Reza sind nur scheinbar der Staatsgewalt unterworfen. Gleichwohl wird man die Kritik des modernen Schwabens viel zu hart finden müssen, die Leute dieses Tales sind nicht „böshafte und dumme“, alle übrigen Dopsler, nur vielleicht noch welscheuer und tober, Naturmenschen, im Kampfe mit der Naturgewalt hart und trotzig geworden. Was aber den „Vorhof der Hölle“ betrifft, so ist es in Wahrheit eine der schönsten, wirklich auch der wildsten und unheimlichsten Landschaften dieses Gebirges, welches „der Trüffel

erschaffen und der Heiland ausgeschmüht“. Beide haben sich in diesem Tale, welches den südlichen Winkel Galiziens in eigenwilligen Krümmungen von West nach Ost durchschneidet, besessene Nester gegendet: der Böse hat die Berge himmelhoch gärtet, aber der Gute herrlichsten Tannwald darauf gepflanzt, der Böse abenteuerlich geballte Feistslöde mitten ins Tal geschleudert, aber der Gute eingewurger allerlei freundliches Baum- und Strauchwerk, wie es sonst in solcher Höhe nicht mehr gedeiht, ansprießen lassen; der Teufel hat den Czerewoz zu einem wilden, gefährlichen Bergflusse gemacht, aber der Heiland keine kristallinen Abgange lieblich umrandet.

Je höher man emporsteigt, dem Wächter der ungarischen Grenze, dem gewaltigen „Schwarzen Berge“ (Czernabura) entgegen, desto enger scheinen die Weiden miteinander gedrungen zu haben; dieses obere Tal gehört sicherlich zu den wildsten und schönsten der Erde. Es verzagt sich gegen Westen immer mehr und endet schließlich in einem Kessel, in dessen Mitte ein kleiner, tiefer See liegt. Seine Wasser erscheinen dunkel, weil das Gestein seines Bodens von dunkler Granit ist und jener Bergberg seine mächtigen Schatten über den stillen Spiegel breitet; den „Schwarzen See“ trifft nur zur Mittagsstunde ein Strahl der Sonne.

Am Ufer dieses Sees liegt einer der größten Höfe des Gebirges, viele Hütten, Ställe und Scheunen, von einer Dornhecke umgeben; der Besitz des Geschlechtes Kofenko, dessen Glieder, über dreihundert an der Zahl, hier vereint unter einem Oberhaupte, dem „Aeltesten“, wohnen, nur ihm und sonst keinem Menschen untertan, weit und breit ebenso geachtet wie gefürchtet, das reichste und streibbarste Geschlecht des Waldgebirges.

Der „Aelteste“ dieses Dörfes ist in Frieden und Freude als Schiedsrichter und Schlichter einen fast unbedingten Einfluß über ein Gebiet, welches an Größe hinter keinem Kantone der Schweiz zurücksteht, und dieser Einfluß fällt ihm kraft der Tradition zu, von seinen persönlichen Eigenschaften abgesehen. Niemand der man die Macht dieses Geschlechtes größer, als da der Fremde und Bundesgenosse des „Rächers“, der alte Hilarius, der „Gerichte“ zubenannt, an seiner Spitze stand. Diesem Patriarchen beugten sich in der Tat alle Männer in den Bergen Bukowiens und der Bukowina, und keiner war zu hoch und mächtig, keiner zu tief und verachtet, um nicht seiner Mahnung, seiner Warnung, seinem Urteilspruch zu gehorchen.

In die Nähe dieses Mannes hatte sich Taras in den ersten Augusttagen von 1899 begeben und kaum eine Viertelstunde vom „Schwarzen See“, auf einer Lichtung des Dornbrennwaldes mit seiner hart gelichteten Schar ein Lager bezogen. Nicht aus Furcht vor den Truppen hatte er zuerst die Ebene, dann auch das Lager bei den „Weissen Quellen“ geräumt, er schied sich freiem Willen, sondern notgedrungen an in der Hoffnung, durch dies arrivierte Opfer das Schicksal zu ändern.

(Fortsetzung folgt)

Wittwoch voriger Woche den Bescheid, daß das Amtsgericht seine Verhaftung im Zwangsverfahren innerhalb eines Zeitraumes von acht Tagen beschließen habe und er in derselben Zeit eine Strafe von 10 Mk. an die Gerichtskasse zahlen solle. Diese Zahlung leistete Herr Reibheim am Freitag, am Sonnabend früh verhaftete ihn die politische Polizei, die um seine schuldige Verhaftung ersucht worden war.

Zum Zwangsverfahren gegen den Berichterstatter Reibheim wird über dessen Aufenthalt im Untersuchungsgefängnis berichtet, daß ihm auf wiederholtes Ansuchen die Selbstbeschäftigung und Selbstbeschäftigung gestattet worden ist. Auch wird ihm von Zeit zu Zeit durch einen anderen Gefangenen gereinigt, während man Anfangs von dem Verhafteten, der vor Jahren seinen rechten Arm verloren hat, verurteilte, daß er, der sich natürlich nur sehr schwer helfen kann, seine Hölle selbst reinigt. Derselben Schwierigkeiten bieten sich Reibheim erkläreweise bei An- und Auskleiden dar; die Handbrühen, die ihm bisher seine Ehefrau leistete, fehlen ihm. Aus diesem Grunde ist es erklärlich, daß der Antrag gestellt worden ist, es möge der Ehefrau gestattet sein, ihrem Gatten auch im Gefängnis täglich diese Handbrühen zu leisten. Die Antragsteller, Freunde des Verhafteten, hoffen nunmehr eher auf einen Erfolg, als sich Reibheim nicht wegen einer erfolglosen Handlung im Gefängnis befindet, sondern nur, um ein Zeugnis von ihm zu erwirken.

Der **Zwangsverfahren gegen Redakteure** ist in Österreich nicht häufig. Am Grund gesetzlicher Entscheidung können in Österreich Journalisten von Gericht nicht gezwungen werden, über Dinge auszusagen, die ihnen im Vertrauen auf die Redaktion mitgeteilt worden sind. Ein derartiger Versuch des Redaktionsgeheimnisses wird dort unter jene Angelegenheiten, die dem Zeitungsschreiber, Schreiber oder einem sonstigen dem Redaktionsgeheimnis zu bringenden gezeichnet sind. Die Anklage kann also von dem als Zeuge benannten Berichterstatter oder Redakteur zurückgewiesen werden.

Schulunterricht und Parade. In der Angelegenheit des Ausfalls des Unterrichts in den Berliner Schulen an Paradedagen: erzählt das „S. L.“, daß man in Preußen diesen Paradedagen die Präsidenten für die Schulen, die die Schulen der Schulen auf überhöhten Stand die Schließung ihrer Schulen angeordnet, da er auf militärische Anweisung geordnet habe. Doch wird angegeben, daß sich der verantwortliche Minister eigentlich an das Provinzialschulkollegium hätte wenden müssen; das sei unterblieben, weil die Anweisung auf diesem Umwege zu spät in die Schulen gelangt wäre.

Internationale Arbeitervereinigungen. Die von der internationalen Vereinigung für den geschäftlichen Arbeitsschutz eingeleitete Kommission versammelte sich in Basel. Am 26. September sind 30 Delegierte, u. a. die Regierungsdirektoren von Österreich, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande und der Schweiz, nach Basel durch die Regierungsdirektoren von Belgien, Frankreich und der Schweiz, die Generaldirektoren der Vereinigungen, Professor Stephan Bauer, über die Frage des Verbotes der Verwendung von weißem Phosphor in der Handwarenindustrie.

Wegen Verleumdung des Kronprinzen wurde in Dortmund der Bergmann Karl Vogt aus Marica zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Vogt hatte während der Wahlzeit in angetrunkenem Zustande die Anarchie und Bismarck hochheben lassen. Gleichzeitige ließ er eine Verleumdung des Kronprinzen aus. Dafür verurteilte ihn die Strafkammer zu sechs Monaten Gefängnis. Von der Anklage der Majestätsbeleidigung erfolgte Freisprechung.

Zu der freisinnigen „Neuen Zeit“ in Charlottenburg wird empfohlen, in der freisinnigen Volkspartei gelegentlich ebenso entschieden aufzutreten gegen den Abgeordneten Richter, wie es in der Sozialdemokratie der Fall ist, gegenüber dem Abgeordneten Bebel. In dem Aufsatze gegen Bebel in der sozialdemokratischen Partei liege „ein Stück jugendlich kraftvoller Demokratie“. So sei zu wünschen, daß man immerhalb der freisinnigen Volkspartei gelegentlich ebenso entschieden auf trete gegen den Abgeordneten Richter, wenn man der Meinung ist, daß seine Handlungsweise oder seine Absichten dem Interesse der Partei nicht entsprechen.

Der 5. Uhr Anfang. Der Vorstand des Wahlvereins der Sozialdemokratischen Partei im zweiten Berliner Reichstagswahlkreis hat beschloffen, den Wahlkreis zu verlassen, daß er es bei der 5. Uhr Anfangen Anordnung, die Wahl der Wahlmänner auf 5 Uhr Nachmittags zu übertragen, auch für die bevorstehende Wahl verlassen möge. Der Vorstand des Wahlvereins hat sich demnach in Gegenwart zu dem Beschluß des Berliner Parteirats gestellt, der sich von Herrn Richter in der öffentlichen Parteiverammlung für eine Abänderung des Anlauftermins hat beschloffen lassen.

Zusland.

Vom Balkan. Das Blutvergießen in Beirut. Die meisten Konstantinopler aus Beirut besagen, daß die Christen in den verschiedenen Stadien fortbauern. Es herrscht große Verwirrung, Handel und Verkehr ist gestört. Die Mohammedaner schätzen nach dem Verlust. In einer Versammlung der Mitglieder der Konstantinopler wurde beschloffen, die sofortige Abberufung des Vizekonsuls Ley durch die Botschafter bei der Regierung zu beantragen und seine Ersetzung durch den Vizekonsul Damaskus, Kamio Pascha anzuregen. Die Versammlung beschloß auch, vom amerikanischen Admiral eventuell den Schutz der fremden Konsulate zu verlangen, welche ein Kontingentskorps von 500 Mann bereitstellen. Nach einer Meldung ist dasselbe schon gelandet. Die amerikanischen Schiffe sind gefechtsbereit, andere Kriegsschiffe werden erwartet.

Infolge einer Meldung aus Konstantinopel, daß das türkische Militär Befehl erhalten habe, die bulgarische Grenze in Osttrunien zu überschreiten, um den Aufständigen in den Rücken zu fallen, herrscht hier große Aufregung. Die Regierung werde schleunigst Gegenmaßnahmen ergreifen.

Zur Gründung des englischen Gewerkschaftsagregates in Leicester hielt der Vorsitzende Herridge eine Rede, in der er ausführte, Chamberlains neue Politik sei nach seinem Dafürhalten den wahren Interessen des Landes höchst schädlich. Es sei unannehmlich, zu sehen, eine Erhöhung der Steuer sei nötig, damit für die Altersversicherung gesorgt werden könnte. Ein Hund, das 250 Millionen Pfund Sterling für den Krieg aufzubringen, sei sicherlich auch in der Lage, den im großen Kampfe der Industrie angegriffenen Arbeiter eine Pension zu gewähren.

Der Kongress wurde eine Resolution vorgelegt, in der alle Arbeitervereinigungen dringend angefordert werden gegen Chamberlains Finanzpolitik, die als schädlich und gefährlich bezeichnet wird, Stellung zu nehmen. Schließlich wurde eine Chamberlains Politik verurteilende Resolution unter lautem Beifall gegen zwei Stimmen angenommen.

Andersson und Simons. Aus Helsingfors schreibt man den „Times“, daß man die Herren Karl Andersson und Alfred Simons, die beide nach Absetzung des Bürgermeisters von Helsingfors als stellvertretende Bürgermeister gewählt worden waren, aber vom Gouverneur nicht bestätigt wurden, auswies. Dasselbe Schicksal traf ein anderes Mitglied des Stadtrats von Wiborg, Herr Adolf Aronson, ein. Ein früherer Oberleutnant der russischen Armee. Der Generalgouverneur hat außerdem den Stadträten von Helsingfors und Gango verboten, den von ihm im April abgesetzten Bürgermeistern der genannten Städte Pensionen zu zahlen.

Gegen Chamberlains Politik haben sich in einem Manifest, das vom Cobdenklub ausging, 940 englische Arbeiterführer (von Gewerkschaften und Trade Unions) ausgesprochen. An der Spitze der Unterzeichner stehen zwölf Arbeiter-Mitglieder des Unterhauses; unter ihnen John Burns, Richard Bell, Fisher, Wilson, Broadhurst, Abraham u. a.

Bei den **Wahlbestimmungen** hinsichtlich der Verdon Kasse des Wahlkreises ist es sich um internationale Angelegenheiten herumgedreht.

von Trunkenbolden oder Betrübten zu handeln. So wird dem „S. L.“ aus Syonville gemeldet, der dort verhaftete achtstellige 35-jährige Former Müller leugne, irgend eine Drohung ausgesprochen zu haben. Ueber seinen Aufenthalt seit Sonntag Morgen kann er nur unbefriedigende Auskunft geben. Frau Mary Smith und deren 15-jähriger Sohn, die ihn denungiert, haben beschworen, daß Müller ihnen Koochells Bild gezeigt und gesagt habe: „Ich bin ein schlechter Kerl und werde Montag den Präsidenten erschlagen.“ Drohungen sind umfassende Schutzmaßregeln für den Präsidenten getroffen.

Partei-Angelegenheiten.

Fig. „Vorwärts“-Redakteure Eisner, Weyker und Schröder gehen im „Vorwärts“ eine Erklärung gegen die Angriffe ab, die die Stadt hagen auf der Berliner Parteikonferenz gegen den „Vorwärts“ erhoben hat. Dabei geben sie folgende Schilderung des Sachverhalts:

In Wahrheit handelt es sich um einen ganz alltäglichen redaktionellen Vorgang. Die Redaktion war auf Grund ihrer Informationen zu der Überzeugung gelangt, daß die beiden Erklärungen Bebel's zum Teil auf irrigem tatsächlichen Vorsetzungen beruhten. Sie handelte deshalb um pflichtgemäß, wenn sie hinsichtlich der ersten Erklärung Bebel's um Änderungen ersuchte, — eine Ablehnung ist also gar nicht in Frage gekommen — und hinsichtlich der zweiten um den Verzicht auf die Annahme zu veranlassen bemüht war. Der in dieser Angelegenheit gepflogene rein private und vertrauliche Briefwechsel brachte allerdings auch die individuelle Meinung eines Redakteurs zum Ausdruck, daß dieses eindeutige Fortwähren von persönlichen Erklärungen gerade keine eindeutige Überlieferung zu dem Dresdener Parteitag ist, entscheidend aber waren für das Verhalten der Redaktion lediglich einzelne irrigere Mitteilungen Bebel's, die zu weiteren Ausdehnungen übersehung hätten führen können.

Von einer Unterdrückung der Meinungsäußerung kann natürlich keine Rede sein, sonst hätte der „Vorwärts“ schon tausendmal die Mittel ausgetrieben so ziemlich aller schreibenden Parteigenossen unterdrückt, nämlich jedesmal dann, wenn er irgend eine Einsendung ablehnte. In der Vizepräsidentenfrage war die Redaktion des „Vorwärts“ von Anfang an der Meinung, daß es sich nicht verlohnte, aus dieser Bagatelle eine Aktion zu machen. In diesem Sinne nahmen wir am 1. Juli kurz Stellung gegen die von Bernstein angeregte „Frage“. Bernstein sandte eine Antwort auf unseren Angriff. Wir lehnten sie ab. Bernstein tat, was sein Recht war, er führte Beschwerde bei der Prekominmission. Und diese gab nach, wenn wir nicht interveniert wären. Es ist uns nicht bekannt geworden, daß Bernstein aus diesem Grunde über Unterdrückung der Meinungsäußerung geklagt hätte, obwohl es sich in seinem Fall um eine sachliche Diskussion und nicht um rein persönlichen Streit gehandelt hat. Mit jenem Beschluß der Prekominmission war von dem in Betracht kommenden Instanzen die Meinung festgelegt, daß die Diskussion über die Vizepräsidentenfrage nach Möglichkeit eingedämmt würde. Demgemäß ist die Redaktion verfahren.

Es ist der erste Grundtag der Demokratie, nach sachlichen Erwägungen ohne Ansehen der Person Entscheidungen zu fällen. Ein Redakteur des „Vorwärts“, der nicht nur ein sozialistisches, sondern auch ein demokratisches Blatt ist, konnte also in seinem „besten Willen und Gewissen und nach den Grundsätzen, welche für die Redaktion stets gegenüber den Lesern gelten, gefassten Entschlüssen keinen Augenblick der Person des Einsenders einen entscheidenden Einfluß auf seinen Entschluß einräumen. Es ist zu hoffen, daß nicht auch dieses folgereiche und fruchtbarste demokratische Prinzip der Revision verfallen wird.

Schließlich betonen die drei noch besonders, Stadt hagen weisgenau, daß sie immer gegen den Reformismus Stellung angenommen haben.

Arbeiterbewegung.

Der 26. Jahreskongress der englischen Trade Unions ist am Montag in Leicester eröffnet worden. Die Zahl der Delegierten beträgt 160, welche 27 Gewerkschaften mit 1,500,000 Mitgliedern vertreten. Im Jahre 1877, als der Kongress zum letzten Male in dieser Stadt tagt, waren nur 141 Delegierte, welche 112 Gewerkschaften vertrat, anwesend. Nach den üblichen Begrüßungen durch den Vorredner von Leicester und dem Präsidenten des Gewerkschaftsrats, wurde der Bericht des parlamentarischen Komitees gegeben. Einem breiten Raum im Bericht nahmen naturgemäß die Laß-Wale Angelegenheit und die aus ihr resultierenden Entschiede der Gerichtshöfe, die Auslegung des Verschönerungsgesetzes und der Bestimmungen über die Streikposten ein. Ein Gegenstand betreffend die Unfallversicherung für Arbeiter ist auf Veranlassung des F. C. dem Parlamente unterbreitet; ebenso ist, wie üblich, die vom letzten Kongress angenommene Resolution bezüglich der Alterspensionen für Arbeiter dem Ministerium eingebracht. — Bezüglich der „Labour-Kommission“ ein Bericht von der Regierung, um Untersuchungen über das Wirken der Gewerkschaften anzustellen, empfiehlt das parlamentarische Komitee dem Kongress, seitens der Gewerkschaften jede Mitarbeit und die Ablegung von Zeugnis vor dieser Kommission zu verweigern, weil die Zusammenlegung derselben gegen die Wünsche und Interessen der Arbeiter gelte.

Lokales und Provinziales.

Dresden, den 10. September 1903.

Genosse Reinhold Schabs in Bunzlau sendet uns zu unserer Notiz bezüglich der Landtagswahlbeteiligung der Bunzlauer Genossen eine längere Erklärung, der wir das folgende entnehmen:

In der Sonnabendnummer wird gegen die Bunzlauer Genossen der Vorwurf der Disziplinlosigkeit und der Flauheit erhoben. Anlaß dazu bot der Reduktion eine Notiz bürgerlicher Blätter, woran wir beschloffen haben sollten, was nicht an der Landtagswahl zu beteiligen. Als Vorsitzender des Wahlvereins Bunzlau-Lützen bin ich infolge dieses Angriffs gezwungen, Stellung dazu zu nehmen und Aufklärung zu geben. Am Tage nach der Sitzung des Wahlvereins wurde von unserem Schriftführer ein ausführlicher Bericht abgelesen, den die Redaktion rechtzeitig erhalten haben muß. Dieser Bericht ist bis zur Stunde (Sonnabend) nicht abgedruckt worden. Natürlich nicht, denn er lief erst Sonnabend Nachmittag ein. Red. Es ist ja sehr nett von der „Volksmacht“, sich zur Unterstützung der Parteidisziplin aufzusprechen, aber wegen uns brauchte sie sich nicht in journalistische Introspektion zu fällen. Die Bunzlauer wissen ganz genau selbst, was sie zu tun und zu lassen haben und was sie der Partei schuldig sind!

Wie liegt die Sache nun in Wirklichkeit? Ich hatte das Referat zu diesem Punkte der Tagesordnung übernommen und ausgeführt, daß bei der Konstellation des Wahlkreises — zur Landtagswahl wählt Bunzlau-Römersberg und kommt größtenteils ländliche Bevölkerung in Betracht — auch nicht die geringste Aussicht vorhanden ist, auch nur einen Achtungserfolg zu erzielen. Solch große Hoffnungen, einen Kandidaten durchzubringen, wie sie sich andere Kreise machen, kommen für uns überhaupt nicht in Betracht. Ein Zusammengehen mit den Freisinnigen — wir wußten an diesem Abend noch nichts von dem Beschluß derselben, keine Agitation zu erheben — war nach dem Verhalten dieser Partei bei der Reichstagswahl ausgeschlossen. Als dritter Punkt kam die Geldfrage in Betracht. Treten wir in eine Agitation ein, dann muß sie auch gründlich betrieben werden, sonst hat die ganze Sache überhaupt keinen Zweck. Uns hat aber die Reichstagswahl ein gehöriges Stück Geld geflohen, wir haben ferner in kurzer Zeit andere wichtige Aufgaben, stehen vor der Stadtratsverordnetenwahl, die auch Mittel erfordert, kurz, der nervus rerum spielt auch eine Rolle dabei. Aus all' diesen Gründen so führte ich aus, wäre es besser, wenn wir uns nicht an der Landtagswahl beteiligen brauchen. Aber eine

bestimmten Beschluß herbeizuführen, wäre auch nicht angängig, zumal die Römersberger Genossen hier auch beteiligt sind und so wäre das Beste, eine Wahlkreisfreizone einzubringen, die Römersberger Partei annehmen dazu einzuladen und auf derselben alle Eventualitäten ins Auge zu fassen. Dieser Ansicht stimmte die Versammlung zu und wurde ein dementsprechender Beschluß bezüglich der Wahlkreisfreizone gefaßt. Also nur die isolierten Verhältnisse waren die Ursache, daß wir nicht gleich beschloffen, in die Wahlbewegung einzutreten und daß ich dieselben besser kennen muß, als meine früheren Kollegen von der „Volksmacht“, werden mir dieselben zweifelsohne anzeihen. Die Redaktion hätte also den Vorwurf der Disziplinlosigkeit gegen Genossen, die lange der Partei angehören und für dieselbe tätig sind, nicht erheben sollen, ohne Beweise dafür zu haben. Nicht ganz hätte ich schließlich dem Vorstehenden des Breslauer Landtagswahlkomitees die Sachlage geschildert, ohne daß dazwischen ein Vorschlag mich traf.

Den Bunzlauer Parteigenossen aber Flauheit vorzuwerfen und uns mit den oberflächlichen Freisinnigen auf eine Stufe zu stellen, ist der Gipfel von — ja, sagen wir Unkenntnis der Dinge. Ich gebe zu, daß noch manches anders sein müßte, daß die Agitation noch wirksamer betrieben werden sollte, aber im großen und ganzen haben die Heiligen Sozialdemokraten bis jetzt eben ihre Schuldigkeit getan, wie die aller anderen Kreise. Wollte ich in demselben Fehler verfallen, wie die „Volksmacht“, so müßte ich sie darauf aufmerksam machen, sich nicht um die Flauheit der Genossen zu kümmern, mit denen sie unmittelbar zu tun hat. Es wäre töricht, darauf hinzuwirken, welche Erfolge wir bei der letzten Reichstagswahl erzielt haben, wo wir mit einem so realistischen Kreise, wie dem „Vorwärts“, zu tun haben. Die Tatsachen sprechen für sich selbst! Wünscht die Redaktion aber Anstöße über die innere Parteilichkeit und unsere Organisation, so sind wir gern bereit, solche zu erteilen. Derselbe dürfte vielleicht zu uns und frommen der Dresdener Genossen auch in Wirklichkeit was nicht vor der Landtagswahl, nicht Flauheit ist es, sondern die bereits oben angeführten Gründe sind es, welche uns veranlassen haben, diese Lage nochmals auf einer Konferenz zu erörtern. Ich hoffe, daß der Beschluß dieser Parteikonferenz so ausfallen wird, daß wir mit Ehren vor dem Richterstuhl der „Volksmacht“ werden bestehen können.

Wir haben bereits am Montag, also in der nächsten Nummer, zu unserer Freude konstatiert können, daß unsere Kritik bis dahin noch nicht berechtigt war. Wir hoffen auch, daß die Parteikonferenz sich die Gründe gegen die Beteiligung nicht zu eigen macht. Wir halten es nicht für angängig, daß Parteibeschlüsse durch Beschlüsse der einzelnen Kreise außer Kraft gesetzt werden, wie es jetzt die Bunzlauer Genossen im angeblichen Einklang mit den Reichsbürgern getan haben. Nichts desto weniger geben wir gern den Gründen hier Raum, die Genosse Schabs für eine gegenständige Ansicht ins Feld zu führen hat, glauben aber, daß er es uns dank weiß, wenn wir einige scharfe persönliche Spitzen aus seiner Erklärung entfernen. Diese waren durch unsere sachliche Kritik nicht gerechtfertigt. Wenn Genosse Schabs sich darüber beschwert, daß wir auf Grund bürgerlicher Berichte unsere Kritik an den vermeintlichen Beschlüssen geknüpft haben, so vergißt er ganz, daß er, wie er oben selbst zugab, vorher an den Vorsitzenden des Breslauer Landtagswahlkomitees, der bekanntlich Redaktionsmitglied ist, die Absicht, solchen Beschluß herbeizuführen, mitgeteilt hat. Was war da natürlicher, als daß wir den bürgerlichen Mätern Glauben schenken? Wir haben jene Meldung aber nur unter dem Vorbehalt wiedergegeben: „Wenn diese Nachricht den Tatsachen entspricht usw.“ Und da haben wir nach unserer Ansicht korrekt gehandelt. Nunmehr aber wird die Parteikonferenz in Bunzlau entscheiden.

Wie steht es mit den Kaufmannsgerichten? Eine Frage an die Regierung. Ueber dieses Thema referierte der Vorsitzende des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Geschäftsinnen, Max Josephson in Hamburg, in einer öffentlichen Versammlung von Handlungsgehilfen. Die Ausführungen des Referenten bezweckten, darzulegen, daß der Plan der Errichtung von Kaufmannsgerichten, die nach dem Entwurf der Regierung schon am 1. April 1903 in Kraft treten sollten, ins Stocken geraten sei und es durchaus erforderlich erscheine, die Regierung aufzufordern, die langjährige Forderung der Handlungsgehilfen endlich zu erfüllen, damit diese sich auch einer Institution erfreuen könnten, durch welche sie in die Lage kämen, ihre Streitigkeiten mit den Prinzipalern schnell und weniger kostspielig als durch die ordentlichen Gerichte zu erledigen, deren Notwendigkeit von der Regierung im Gegenseitigen auch anerkannt ist. Einmütig wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige öffentliche Handlungsgehilfen-Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die unerwünschte Verzögerung der Errichtung eines schnellen, billigen und sachgemäßen Rechtspflege für die Streitigkeiten zwischen Prinzipalern und Gehilfen im Handelsgewerbe. Die Notwendigkeit einer solchen Rechtspflege für die Handlungsgehilfen hat die Begründung des Gegenseitigen über die Errichtung von Kaufmannsgerichten überzeugend nachgewiesen. Die Versammlung erklärt ausdrücklich, daß die Bestrebungen an Anschließ der Kaufmannsgerichte an die Wünsche und Bedürfnisse der Handlungsgehilfen nicht entsprechen und nur von solchen Vereinen unterstützt werden, die unter dem Einfluß der Prinzipale stehen und als Gehilfenvereine, auch wenn sie sich formell nicht in Betracht kommen. Die Versammlung erklärt im Gegenseitigen hierzu, gleichwie der Regierungsentwurf, nur in dem einzigen Anschließ der Kaufmannsgerichte an die Wünsche und Bedürfnisse der Handlungsgehilfen die langjährige Forderung der Gehilfen auf Verheerung ihrer Rechte und erwartet, daß der hohe Bundesrat und der hohe Reichstag unter Anerkennung dieser Forderung die schleunige Schaffung einer schnellen, billigen und sachgemäßen Rechtspflege für die Streitigkeiten der Handlungsgehilfen herbeizuführen werden.

In der ausgedehnten Debatte entstand eine interessante Kontroverse zwischen dem Referenten und zwei Mitgliedern des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes. Die Herren Deutsch-nationalen wollten nicht zugeben, daß der Handlungsgehilfe nichts Besseres sei, als der gewerbliche Arbeiter. Die Herren sprachen dem Arbeiter Intelligenz und Bildung ab, und einer der Herren versiegte sich sogar soweit, den Streik als eine — Gemeinheit zu bezeichnen. Zur Charakterisierung dieser Herren mögen diese Äußerungen genügen. Die Kollegen Josephson und Frey wiesen den Sprechern totale Unkenntnis in sozialen Dingen nach und kennzeichneten das Verhalten der deutsch-nationalen Kollegen in öffentlichen Versammlungen in gehöriger Weise.

Unglücksfälle. Am 8. d. Mts. verunfallte ein 43 Jahre alter Stricker dadurch, daß er von einem Dürckelwagen fiel und durch diesen überfahren wurde, wobei er einen Bruch des linken Beines erlitt. Generalgouverneur von Ostpreußen legte ihm einen Notverband an, worauf er nach der Königlich Preussischen Hauptstadt Berlin am 9. d. Mts. in ein Krankenhaus gebracht wurde. Am 9. d. Mts. wurde auf der Schiffsreise durch einen Nebel ein Dampfer von Danzig nach Königsberg durch einen Nebel in die Ostsee getrieben, wo er auf Grund lief und erlitt einen Bruch des rechten Beines. Er fand sich in der Ostsee auf Grund.

